

Evangelische Akademie Tutzing

4. 10. – 6.10.2024

„Demokratie und Rechtsstaat. Herausforderungen und Perspektiven“

Wie muss eine zeitgemäße Erinnerungskultur aussehen?

Christine Landfried

Im 21. Jahrhundert, in dem sich Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und Technologie rasant verändern, können wir nicht mehr unmittelbar aus der Geschichte lernen. Erfahrung und Erwartung, so der Historiker Reinhart Koselleck, liegen zu weit auseinander. „*Historia magistra vitae*“ - Die Geschichte als Lehrmeisterin des Lebens - gilt nicht mehr. Koselleck veranschaulicht diesen Befund mit einer Geschichte: „Friedrich Raumer, bekannt als Historiograph der Hohenstaufen, berichtet aus dem Jahr 1811, als er noch Sekretär Hardenbergs war, folgende Episode: ‚Bei einer in Charlottenburg gehaltenen Beratung verteidigte Oelssen – Sektionschef im Finanzministerium – lebhaft die Ausfertigung vielen Papiergeldes, um damit Schulden zu bezahlen. Als alle Gegengründe nicht anschlügen, sagte ich (meinen Mann kennend) mit übergroßer Kühnheit: ‚Aber Herr Geheimer Staatsrat, erinnern Sie sich doch, dass schon Thukydides erzählt, wie große Übel entstanden, weil man in Athen zu viel Papiergeld gemacht hatte. – Diese Erfahrung, erwiderte er beistimmend, ist allerdings von großer Wichtigkeit, und so ließ er sich bekehren, um den Schein der Gelehrsamkeit festzuhalten.‘ Raumer bemühte in den hitzigen Debatten um die preußische Schuldentilgung eine Lüge, denn er wusste, dass die Antike niemals Papiergeld gekannt hatte. Aber er riskierte seine Lüge, weil er – rhetorisch an die Schuldbildung seines Opponenten appellierend – deren Wirkung einkalkulierte. Ihre Wirkung beruhte auf nichts anderem als auf der Geltungskraft des alten Topos, dass die Historie die Lehrmeisterin des Lebens sei.“¹

Die Geschichte hat ihre Bedeutung als „Schule, ohne Schaden klug zu werden“² verloren, auch wenn der Satz, man könne aus der Geschichte lernen, in politischen Debatten immer wieder vorkommt. Es ist meine *These*, dass die Erinnerung an die Geschichte auch ohne direkten Lerneffekt wichtig ist, weil sie zum einen zu unserer individuellen und kollektiven Identität gehört und uns die Vergangenheit bewusst macht und zum anderen den Blick auf langfristig wirkende Denkmuster und gesellschaftliche Strukturen ermöglicht.

¹ Reinhart Koselleck, *Historia magistra vitae. Über die Auflösung des Topos neuzeitlich bewegter Geschichte*. In: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt: Suhrkamp 1979, S. 38.

² Ebd., S. 39.

Meine These werde ich in drei Schritten entwickeln: im ersten Abschnitt wird die Erinnerungskultur als Teil unserer Identität diskutiert. Im zweiten Abschnitt beschreibe ich Denkmuster und gesellschaftliche Strukturen, die unser Handeln langfristig prägen und die wir uns durch die Kenntnis und das Erinnern an die Geschichte vergegenwärtigen müssen, um sie gegebenenfalls zu ändern. Im dritten und letzten Abschnitt beschreibe ich dann den Einfluss der Medien auf die Erinnerungskultur und diskutiere die Herausforderungen, die sich im Bereich der neuen Medien für eine zeitgemäße Erinnerungskultur stellen.

1) Erinnerungskultur und Identität

In der Beschäftigung mit unserer Geschichte reflektieren wir unseren individuellen und kollektiven Standort in der Welt. Dieses Nachdenken stärkt unsere persönliche und die gesellschaftliche Handlungs- und Lernfähigkeit ohne aus historischen Beispielen eine direkte Handlungsanleitung gewinnen zu können.

Das Beispiel, mit dem ich veranschaulichen möchte, wie die Erinnerung die individuelle Identität prägt, hat mit einer persönlichen Erfahrung zu tun. In New York lernte ich zufällig ein Ehepaar kennen, mit dem sich eine Freundschaft entwickelte. Erst spät erzählte mir meine Freundin, dass ihre Großeltern in Auschwitz ermordet wurden. Ihre Mutter, Edith Eva Eger, die in Auschwitz überlebte und heute 96 Jahre alt ist, hat 2017 ein Buch über ihre Erlebnisse geschrieben: „The Choice. Embrace the Possible“.³ Das Buch ist sehr erfolgreich und in viele Sprachen übersetzt. Die Autorin beschreibt ihre grauenvollen Erlebnisse als junges Mädchen in Auschwitz und wie sie es gleichwohl geschafft hat, später in dem Bewusstsein zu leben, auch als Holocaust-Überlebende die Freiheit der Wahl zu haben. Sie wurde in den USA Therapeutin und behandelte traumatisierte Veteranen aus dem Vietnamkrieg. „We had no control over the most consuming facts of our lives, but we had the power to determine how we experienced life after trauma. Survivors could continue to be victims long after the oppression had ended, or they could learn to thrive.“⁴ Edith Eger ist es gelungen, der Erinnerung nicht auszuweichen und das Trauma so zu verarbeiten, dass die Vergangenheit nicht über die Gegenwart herrscht.

Als mir meine Freundin das Buch ihrer Mutter schenkte und zum ersten Mal die Geschichte ihrer Familie erzählte, wurde mir bewusst, wie wichtig es ist, solche persönlichen Schicksale

³ Dr. Edith Eva Eger, *The Choice. Embrace the Possible*, New York: Scribner 2017, S. 173.

⁴ Ebd., S. 175.

der Opfer zu kennen und nicht zu vergessen. Das Buch „The Choice“ macht uns deutlich, was passiert, wenn die Menschenwürde verletzt wird. Zugleich vermittelt uns die Haltung von Edith Eva Eger Werte, die uns als Individuen und als Gesellschaft ein Kompass für eine humanes Miteinander sein können. In diesem Sinn beschreibt auch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Justizministerin und aktuell Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, die Wirkung des Buches „Versuche, Dein Leben zu machen“ der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer: „Ihr Überlebenswille und ihre Botschaft, dass man Menschen nie pauschal verurteilen darf, machen dieses Buch so einzigartig und zu etwas, das Bestand haben wird.“⁵

Da inzwischen das Anwachsen des Antisemitismus wieder eine erschreckende Realität in Deutschland ist, wird überlegt, wie dieser Entwicklung am besten entgegenzuwirken ist. Hier geht es um den Zusammenhang von Erinnerungskultur und kollektiver Identität. Wenn wir die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson definieren, dann stellt sich die Frage: was fördert die sichere Existenz Israels? Im Bereich der Kunst wird darüber diskutiert, ob die staatliche Kunstförderung mit der Bekämpfung des Antisemitismus verknüpft werden sollte. Der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers kommt mit überzeugenden Argumenten in einem Gutachten vom März dieses Jahres zu dem Schluss, dass es dem parlamentarischen Gesetzgeber „verfassungsrechtlich grundsätzlich möglich“ sei, „die Vergabe staatlicher Mittel sowohl an öffentliche Kulturinstitutionen als auch an private Künstlerinnen und Künstler durch eine Verpflichtung gegen Antisemitismus und Rassismus zu ergänzen“.⁶ Freilich müsse der Gesetzgeber sorgfältig überlegen, ob er die ohnehin bestehende verfassungsrechtliche Pflicht mit einem Gesetz konkretisieren soll.⁷

Die staatliche Förderung sollte dazu beitragen, dass sich das Potential der Kunst für eine zeitgemäße Erinnerungskultur entfalten kann. Kunst bringt Menschen zusammen, schafft Räume der Freiheit und ermuntert uns zum Nachdenken. Sie eröffnet Möglichkeiten, die herrschenden Verhältnisse zu kritisieren, Verdrängtes zu thematisieren und unsere Sinne für neue Wege zu öffnen. Der Kunsthistoriker Martin Warnke beschreibt die gesellschaftliche Funktion der Kunst folgendermaßen: „Wo aus der Distanz zur jeweiligen staatlichen

⁵ Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Versuche, Dein Leben zu machen. In: Frankfurter Allgemeine Magazin, Oktober 2024, S. 59.

⁶ Christoph Möllers, Zur Zulässigkeit von präventiven Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus in der staatlichen Kulturförderung. Eine verfassungs- und verwaltungsrechtliches Kurzgutachten im Auftrag der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Berlin 2024, S. 31.

⁷ Ebd., S. 20.

Verfassung, aber mit Blick auf gesellschaftliche Erwartungen, Probleme und Erfahrungen eine überzeugende ästhetische Form gelingt, dort hat die Kunst in dem ihr verbliebenen Wirkungskreis eine (...) kritische und notwendige Rechtfertigung gewonnen.“⁸ In den Debatten über die staatliche Förderung sollte diese Bedeutung der Kunst stets präsent sein.

Dies heißt konkret, Kunst ohne politische Auflagen zu fördern und im öffentlichen Raum erlebbar zu machen. Deshalb geht der Resolutionsentwurf der Bundestagsfraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Schutz jüdischen Lebens, der im Moment diskutiert wird, am Kern des Problems vorbei. Nach diesem Entwurf sei mit Regelungen des Haushaltes sicherzustellen, „dass keine Projekte und Vorhaben insbesondere mit antisemitischen Inhalten gefördert werden. Kunst- und Kulturveranstaltungen sowie -einrichtungen sollten gemeinsam mit Experten antisemitismuskritische Codes of Conduct und Awarenessstrategien als Leitfaden ihres Handelns anwenden.“⁹ Wer die staatliche Förderung der Kunst von solchen Codes of Conduct abhängig macht, schützt nicht vor Antisemitismus, sondern verkennt den Wert der Kunst für eine zeitgemäße Erinnerungskultur. Die Auseinandersetzung mit Kunst erhöht die Komplexität öffentlicher Debatten. Und genau diese Komplexität statt einfacher Lösungen brauchen wir auch bei der Bekämpfung des Antisemitismus. Schon die Definition des Antisemitismus durch die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die auch die Kritik an Israel in die Definition einbezieht und im Resolutionsentwurf des Deutschen Bundestages zugrunde gelegt wird, ist wissenschaftlich umstritten. Die Frage, wie die Existenz Israels gesichert werden kann, lässt sich auf unterschiedliche Weise beantworten. Der Beitrag der Kunst zu einer zeitgemäßen Erinnerungskultur wird beeinträchtigt, wenn die Politik die Förderung der Kunst von einem Bekenntnis zu einem ganz bestimmten Verständnis von Antisemitismus abhängig macht.

II) Erinnerungskultur und gesellschaftliche Strukturen

Zu einer zeitgemäßen Erinnerungskultur gehört auch das Nachdenken über die Denkmuster und die sozio-ökonomischen Strukturen, die historisch entstanden sind und in der Gegenwart noch immer wirken. Ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte ist der Verlauf der deutschen Einigung.

⁸ Martin Warnke, *Differenz und Demokratie: Die Kunst*, Manuskript, Hamburg 2010. In englischer Übersetzung in: Kolja Raube, Annika Sattler (eds.), *Difference and Democracy. Exploring Potentials in Europe and Beyond*, Frankfurt/New York: Campus 2011, S. 353.

⁹ Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, Drucksache 20/..., Antrag – Entwurf der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken, Juli 2024, S. 4.

Die politische Elite hat es versäumt, die veränderte Wirklichkeit zum Anlass zu nehmen, wichtige gesellschaftliche Strukturen und verfassungsrechtliche Bestimmungen zu ändern und damit auf die neue Wirklichkeit zu beziehen.¹⁰ Das realisierte Konzept eines reinen Institutionentransfers und damit eine Politik der Besitzstandswahrung der westlichen politischen Elite blieb nicht ohne Folgen für die politische Kultur in Ostdeutschland.

Nachdem die Abgeordneten der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR mit großer Mehrheit entschieden hatten, dass ihr Land zum 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes beitrifft, war die Einigung besiegelt. Nun bestand keine Gefahr mehr, dass man mit Debatten über eine neue Verfassung und die Gestaltung des vereinten Deutschlands die Einigung hätte gefährden können. Jetzt wäre es an der Zeit gewesen, einmal innezuhalten und zu überlegen, welche Einrichtungen der ostdeutschen Gesellschaft im vereinten Deutschland hätten bewahrt werden können. Dabei ging es nicht um Aspekte, wie sie der Soziologe Steffen Mau beschreibt.¹¹ Natürlich gibt es in jedem Land regionale Unterschiede, die mit der Landschaft, der regionalen Geschichte und Kultur zusammenhängen. Für die Erinnerungskultur hingegen geht es um Unterschiede im Einfluss auf die politische Gestaltung der Einigung. Die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Ländern, die ohnehin Brüche in ihrer Biografie zu bewältigen hatten, mussten nach 1990 erleben, dass ihr Einfluss auf diese Gestaltung gering war.¹²

Die Vertragsparteien des Einigungsvertrages¹³ erkannten, dass die neue Situation eines vereinten Deutschlands Änderungen des Grundgesetzes erforderte. Sie empfahlen daher den „gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands, sich (...) mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen“ (Artikel 5 Einigungsvertrag). Es wurden einzelne Bereiche wie das Verhältnis zwischen Bund und Ländern genannt, ohne andere Politikbereiche auszuschließen. Im Januar 1992 wurde dann eine Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat eingerichtet, um die Verfassung mit Blick auf die neue Wirklichkeit zu ändern. Auf der Agenda standen grundlegende Fragen wie die Gleichstellung von Mann und

¹⁰ Christine Landfried, Architektur der Unterkomplexität: Politische Willensbildung und Entscheidungsstrukturen im Prozess der deutschen Einigung. In: Gerhard Lehmbuch (Hrsg.), Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen: Leske + Budrich 1995, S. 31-54.

¹¹ Steffen Mau, Ungleich vereint, Berlin: Suhrkamp 2024.

¹² Vgl. dazu den interessanten Beitrag im NDR Mittagmagazin „35 Jahre Mauerfall: Wie viel Einheit ist Deutschland heute?“ vom 2.10.2024.

¹³ Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990.

Frau, die europäische Integration und die Einführung direktdemokratischer Beteiligung auf Bundesebene. Diese wichtigen Fragen wurden unter hohem Zeitdruck und parallel laufenden Terminen der Tagespolitik behandelt. 1,1 Millionen Bürgerinnen und Bürger hatten sich beispielsweise an einer Unterschriftensammlung für die Einführung direktdemokratischer Elemente beteiligt. Dennoch konnten sich die Mitglieder der Verfassungskommission nicht darauf einigen, mit Verfahren der direkten Demokratie auf Bundesebene zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger zu schaffen. Das Interesse der politischen Elite am Festhalten geltender Regeln für die politische Auseinandersetzung war zu groß. Eine Chance zur Stärkung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Verfahren wurde verpasst.

Die geringen Möglichkeiten zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Gestaltung gehören bis heute zu den Strukturen, die vor allem in Ostdeutschland das Vertrauen in demokratisches Regieren beeinträchtigen. Die Aussage „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie, tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ unterstützen 54% der befragten Bürger in Ostdeutschland, aber nur 27% in Westdeutschland.¹⁴ Nach meiner Interpretation ist das geringere Vertrauen in die Demokratie in den ostdeutschen Ländern eine Nachwirkung der Art und Weise des Einigungsprozesses. Eines Einigungsprozesses, der von der Bürgerbewegung in der DDR in Gang gesetzt wurde!

„Selbstkritisch“, so der Soziologe Wolf Lepenies, „müssen wir Deutsche uns fragen, warum wir im Prozess der Vereinigung nicht ... zu einem Moment des Innehaltens, zu einem Überdenken unserer eingespielten Selbstverständlichkeiten gefunden haben. Wir haben im Westen Deutschlands beispielsweise nicht für einen Augenblick über alternative Formen der medizinischen Versorgung, über eine Stärkung der Berufsaussichten für Frauen oder über eine Neuordnung aller deutschen Schulen, Hochschulen und Universitäten nachgedacht.“¹⁵

Eine zeitgemäße Erinnerungskultur erfordert, dass wir politische Fehler der Vergangenheit wie die verpassten Chancen bei der Umsetzung der deutschen Einigung nach 1990 erkennen und die Strukturen, die sich aus diesen Fehlern ergeben haben, ändern. Die Bürger in den ostdeutschen Bundesländern haben den Eindruck, dass die politische Elite ihnen nicht zuhört.

¹⁴ Thomas Petersen, Widerstandsreflex Ost. Ost und West sind sich ähnlicher als viele meinen – doch nicht in allem. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. August 2024, S. 8.

¹⁵ Wolf Lepenies, Benimm und Erkenntnis. Über die notwendige Rückkehr der Werte in die Wissenschaften, Frankfurt: Suhrkamp, 4. Auflage 2015, S. 34.

Ein Weg aus dieser Situation wären neue Formate der Bürgerbeteiligung zur Stärkung der repräsentativen Demokratie. So könnte man nach dem irischen Beispiel Bürgerräte, parlamentarische Willensbildung und Verfahren der direkten Demokratie miteinander verknüpfen.¹⁶ Eine weitere Möglichkeit sind die kommunalen Entwicklungsbeiräte, für die sich die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan engagiert.¹⁷ Eine zeitgemäße Erinnerung an den Prozess der deutschen Einigung bedeutete dann, die institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich auf vielfältige Weise am politischen Geschehen beteiligen, aktiv werden und ihre Stimme wirksam zur Geltung bringen können.

III) Erinnerungskultur und neue Medien

Für eine „zeitgemäße Erinnerungskultur“ gilt es zu berücksichtigen, dass in heutigen Gesellschaften viele Kulturen zusammenleben und der Nationalstaat im Zusammenhang mit der Entwicklung Europas und einer sich globalisierenden Welt zu sehen ist. Im Jahr 2022 hatten gut 24% der Bevölkerung in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte (20,2 Millionen von 83,1 Millionen Menschen). Auch der momentane Überbietungswettbewerb der politischen Parteien über das effektivste Verfahren zur Reduktion der Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen ändert nichts daran, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind. Eine „zeitgemäße“ Erinnerungskultur bedeutet daher Kommunikation über Differenz.

Diese Kommunikation findet an vielen Orten statt: in der Schule, in Einrichtungen der politischen Bildung, im Sportverein, in der Literatur, der Wissenschaft, im Fernsehen, im Film und im Theater, bei Ausstellungen und Festivals, in den Reden der Bundespräsidenten, in den Debatten zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Omas gegen Rechts, HateAid oder colorido e.V. Plauen.¹⁸ Die traditionellen und neuen Medien vermitteln diese Debatten einer größeren Öffentlichkeit und sind selbst wiederum Akteure der Erinnerungskultur. Dabei spielen die online Medien für eine zeitgemäße Erinnerungskultur eine zunehmend wichtige Rolle. Die Eignung dieser Medien für die Kommunikation über kulturelle, soziale und politische Trennlinien hinweg ist daher entscheidend.

¹⁶ Christine Landfried, Näher bei den Leuten. Über Sinn und Nutzen von Bürgerräten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.4.2023, S. 11.

¹⁷ Gesine Schwan, Multi-Stakeholder Deliberation als Chance für Gemeinwohl und demokratischen Grundkonsens. Die demokratietheoretische und demokratiepolitische Funktion von „kommunalen Entwicklungsbeiräten“ (KEB) im Unterschied zu „Bürgerräten“, Manuskript vom 3. Februar 2024.

¹⁸ Vgl. hierzu das Podiumsgespräch bei der Tagung „Demokratie und Rechtsstaat“ der Evangelischen Akademie Tutzing, am 5. Oktober 2024: „Praktische Erfahrungen im demokratischen Umgang mit dem Rechtsextremismus.“

Niemand wird bestreiten, dass die online Medien in ihrer jetzigen Form einen Diskurs über eine Vielfalt von Perspektiven nicht fördern. Wir beobachten eine Fragmentierung der Kommunikation in den sozialen Medien, gezielte Desinformation, Hass-Reden und monopolistische Strukturen des digitalen Systems. Marina Weisband, Leiterin des Aula-Projektes zur Schülerpartizipation, fragt: „Wem gehören eigentlich die Plattformen? Die öffentlichen Plätze im Internet, wem gehören eigentlich die Kabel, die uns miteinander verbinden, auf denen die Bankgeschäfte laufen, der gesamte Handel läuft, alle Informationen, aller Austausch? Wem gehören diese Kabel, und warum gehören die eigentlich nicht uns?“¹⁹ Wir beobachten eine Machtkonzentration einiger weniger privater Unternehmen, die sowohl die Plattformen als auch die technische Infrastruktur des Internets besitzen. Unternehmen wie Google oder die Plattform Facebook von Meta haben ihre eigenen Unterseekabel. Die Eigentümer dieser Unternehmen gestalten die online Kommunikation in ihrem ökonomischen Interesse. Diese Machtstruktur wird nur schwer zu ändern sein. Wenn wir aber die Idee einer „rationalisierenden Kraft der öffentlichen Auseinandersetzung“²⁰ nicht aufgeben wollen, dann wird eine Selbst-Regulierung der Unternehmen nicht ausreichen.²¹ Für eine Öffentlichkeit, die eine Vielfalt von Meinungen zur Sprache bringt und damit auch für eine vielfältige Erinnerungskultur wäre es wichtig, die Regulierung der online Medien voranzubringen.

Bei allen Nachteilen eröffnet die online Kommunikation neue Möglichkeiten des Austausches und fördert die Partizipation. Nehmen wir zum Beispiel Podcasts. In Deutschland hören 29% der Bevölkerung ab 14 Jahren mindestens einmal im Jahr einen Podcast.²² Die Zuhörerinnen und Zuhörer können aktiv sein, beim Zuhören eine Pause einlegen oder bestimmte Teile noch einmal hören. Podcasts können ein Problem auch einmal in seiner Komplexität darstellen. So bietet die Bayerische Akademie der Wissenschaften eine Serie von drei Podcasts zum Thema der Erinnerungskultur an.²³ Wer die Folgen anhört, bekommt einen guten Überblick über unterschiedliche Aspekte der Debatte. Wir sollten daher zweigleisig vorgehen. Auf der einen Seite müssen wir die Möglichkeiten der online Kommunikation und der sozialen Medien für eine zeitgemäße Erinnerungskultur nutzen. Denn nur so erreichen wir die junge Generation,

¹⁹ Marina Weisband, Frido Mann, Was uns durch die Krise trägt. Ein Generationengespräch, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2023, S. 21.

²⁰ Jürgen Habermas, Überlegungen und Hypothesen zu einem neuen Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In: Martin Seelinger, Sebastian Seignani (Hrsg.), Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit, Leviathan Sonderband 37(2021), Baden-Baden: Nomos 2021, S. 479.

²¹ Frances Haugen, Die Wahrheit über Facebook, Berlin: Ullstein Verlag 2023, S. 274.

²² Bernard Domenichini, Podcast Nutzung in Deutschland. In: MediaPerspektiven 2/2018, S. 46.

²³ Bayerische Akademie der Wissenschaften, Podcasts „kurzgesagt“ vom 19.12.2023, 7. und 8.2.2024.

wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in der Diskussion zu Recht betonte.²⁴ Auf der anderen Seite muss die Regulierung der online Medien zu einer politischen Priorität werden.

Welches Resümee ergibt sich aus meinen Überlegungen für eine zeitgemäße Erinnerungskultur? Aus der Geschichte können wir keine konkreten Problemlösungen ableiten. Aber die Erinnerung schafft ein Bewusstsein für die Denkmuster und Strukturen, die wir vielleicht ändern müssen, um als Individuen und als Gesellschaft eine lebenswerte Zukunft zu haben. Immanuel Kants These von der ‚Anlage‘ und dem ‚Vermögen in der menschlichen Natur zum Besseren‘ muss sich „heute vor allem in der Reflexion dieses Vermögens“²⁵ erweisen. Und zu dieser Reflexion gehören die Kenntnis unserer Geschichte und die Diskussion über unseren Umgang mit dieser Geschichte.

Eine zeitgemäße Erinnerungskultur bedeutet also Aufklärung. Die Bedingungen für eine solche aufklärende Erinnerungskultur sind Angebote zum Kennenlernen der Geschichte in allen Teilen der Gesellschaft, in traditionellen wie neuen Medien, aus vielfältigen Perspektiven, die Täter und Opfer wie auch die Geschichte der Aufarbeitung selbst²⁶ einbeziehend. Entscheidend ist für eine zeitgemäße Erinnerungskultur, dass der Diskurs zur Bedeutung der Geschichte über kulturelle, soziale und politische Unterschiede hinweg gelingt. Nicht Demokratieklauseln und Bekenntnisse zur Verfassungstreue, sondern eine aktive Zivilgesellschaft, in der die Werte der Verfassung verankert sind, Persönlichkeiten im Kulturbetrieb, die ihrer demokratischen Verantwortung gerecht werden und Strukturen, die eine Kommunikation über unterschiedliche Sichtweisen auf die Vergangenheit fördern, sind gefragt.

²⁴ Evangelische Akademie Tutzing, Debatte zu „Demokratie und Rechtsstaat“ am 6.10.2024.

²⁵ Ulrich K. Preuß, Zu einem neuen Verfassungsverständnis. In: ders., Revolution, Fortschritt und Verfassung, Berlin: Wagenbach 1990, S. 89.

²⁶ Auf den wichtigen Punkt, auch die Geschichte der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in die Erinnerungskultur einzubeziehen, weist Mirjam Zadoff hin: „Wie sieht eine gelungene Erinnerungskultur aus?“, Podcast „kurzgesagt“ der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vom 7.2.2024.

